

A32 Erst Stadt, dann Spiele – Olympia in Köln nachhaltig gestalten

Antragsteller*in: Jusos Rodenkirchen, Jusos Porz, Jusos
Chorweiler & Jusos Nippes

Antragstext

Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, eine Bewerbung Kölns als “Leading City” für Olympische Spiele der Region Rhein-Ruhr (2036/40/44) nur zu unterstützen, wenn die geplanten Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden sowie langfristig einen echten sozialen und infrastrukturellen Mehrwert für die Menschen in ganz Köln und besonders in den Randbezirken schaffen.

Daher fordern wir:

1. Das geplante Olympische Dorf im Kölner Norden (Kreuzfeld) muss von Beginn an so konzipiert werden, dass es nach den Olympischen Spielen dauerhaft in ein bezahlbares, sozial durchmischtes Wohnviertel überführt wird.

2. Der Bau einer neuen S-Bahn-Station, neuer Autobahnab- und -zufahrten sowie eines flächendeckenden Netzes sicherer Fahrradwege muss verbindlich zugesagt, frühzeitig umgesetzt und langfristig gesichert werden.

3. Öffentliche Investitionen dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen, sondern müssen nachweislich den Bürger:innen vor Ort dienen.

4. Einbeziehung der Randbezirke in die Austragung und Planung. Olympische Veranstaltungen sollen bewusst auch außerhalb der Innenstadt stattfinden, damit Investitionen gerecht verteilt werden und nicht nur das Zentrum profitiert.

5. Öffentliche Gelder müssen der Allgemeinheit dienen, Investitionen durch Bund und Land dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen. Alle Maßnahmen müssen nachweislich den Bewohner*innen vor Ort nutzen.

6. Langfristige und vorausschauende finanzielle Planung, um Kostenexplosionen zu vermeiden.

23 Eine Zustimmung zu Olympia kann es nur geben, wenn diese infrastrukturellen
24 Verbesserungen vorab politisch beschlossen, nachhaltig geplant und ihr
25 dauerhafter Bestand garantiert wird.

Begründung

Großsportveranstaltungen wie Olympische Spiele werden häufig mit wirtschaftlichen Chancen und internationaler Sichtbarkeit beworben. In der Praxis profitieren jedoch oft vor allem große Bau-, Event- und Immobilienkonzerne, während die Anwohner:innen langfristig mit steigenden Mieten, Verkehrsbelastung und unzureichender Infrastruktur konfrontiert sind.

Im Kölner Norden soll im Rahmen der Olympiaplanungen ein Olympisches Dorf errichtet werden, aus dem im Nachgang das neue Wohnquartier „Kreuzfeld“ samt neuen Verkehrsachsen und Anbindungen entstehen soll. Diese Maßnahmen bergen enormes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung, wenn sie konsequent an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Wir sagen: Ja zu Olympia, aber nicht um jeden Preis. Olympische Spiele dürfen kein kurzfristiges Prestigeprojekt sein, sondern müssen langfristig zu besserem Wohnen, besserer Mobilität und höherer Lebensqualität führen. Nachhaltige Infrastruktur, soziale Wohnraumentwicklung und echte Bürger*innenvorteile müssen dabei im Mittelpunkt stehen und politisch verbindlich abgesichert werden.

Gerade weil Köln für die Olympischen Spiele erhebliche Gelder von Bund und Land erhalten würde, besteht eine einmalige Möglichkeit, die Stadt langfristig aufzuwerten und Probleme anzugehen, die seit Jahren bestehen. Besonders im Kölner Norden könnten endlich Projekte umgesetzt werden, die längst überfällig sind: ein ausgebauten ÖPNV-Netz, der Bau einer neuen S-Bahn-Station, sichere Radwege und eine neue oder wesentlich verbesserte Autobahnauf- und Zufahrt, die die Verkehrssituation spürbar entspannen würde. Diese Investitionen würden nicht nur für die Dauer der Spiele wirken, sondern dauerhaft den Alltag der Menschen verbessern.